

27.10.2008 Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Thüringen, seine Bürger, die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

Redner: Abgeordneter Mike Mohring

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit Wochen hält die Finanzkrise die Wirtschaft und die Menschen in Atem - kein Zweifel, wir sind in einer ernsten Lage. Trotzdem - und das will ich zu Beginn sagen und die Anmerkung sei gestattet - hat die Politik natürlich die Aufgabe, Vertrauen zu schaffen und Sicherheit und Vernunft auch zu signalisieren und Handlungsfähigkeit zu beweisen. Aber es gehört auch zu einer realistischen Einschätzung dazu, dass wir uns darüber Gedanken machen sollten, dass dieser Landtag in Thüringen ein wichtiger Baustein im föderalen Gebilde der Bundesrepublik Deutschland ist, aber dieser Landtag mit Sicherheit nicht in der Lage sein wird, allein die globalen Zusammenhänge so zu verändern, dass sie in vernünftige Bahnen kommen.

(Beifall CDU)

Es ist gut, dass wir uns austauschen, aber wir sollten zudem auch realistisch bleiben, welche Möglichkeiten wir in diesem Landtag haben. Allein seit der Debatte im letzten Plenum auf Ihren Antrag hin bis zum heutigen Tage - zwischendurch gab es das Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes - ist der Dax in Deutschland um weitere 1.000 Punkte abgefallen. Das zeigt, dass das Ende der Finanzkrise nicht erreicht ist, dass die Frage des Finanzmarkts weiter in Bewegung ist und dass die Signale aus der Politik zwar wichtig sind für Vernunft und für Vertrauen, aber sie nicht allein Mittel sein können, diese Schwierigkeiten zu beheben, weil sie einen ganz wichtigen Grund haben, nämlich - darauf will ich noch einmal kurz eingehen -, es ist eine Spekulationsblase geplatzt, weil durch leichtfertige Kreditvergabe für Immobilien und Handel mit diesen Krediten eine Blase entstanden ist, die am Ende - Frau Birgit Diezel hat es ausgeführt - nicht mehr finanziert werden konnte.

Deswegen will ich das noch einmal sagen, weil es wichtig für die Bewertung der Debatte ist: Ausgangspunkt für diese schwierige Situation jetzt waren die Kredite an amerikanische Bürger für ihre eigenen Immobilien - zum einen - und die Kredite, die sie

im Rahmen von Kreditkarten bekommen haben, um ihren Verbrauch täglich zu finanzieren. Weil es darauf gebaut war, dass das alles sich auf Wachstum begründet und dass das alles sich auf niedrige Zinsen begründet und dies nicht mehr so weitergegangen ist, weil es an eine Grenze gekommen ist, deswegen gibt es diese Schwierigkeit, nicht zuallererst, weil die Bürger in Amerika ihre Immobilienkredite nicht mehr bezahlen konnten, sondern weil mit diesen Krediten gehandelt wurde, weil sie nach Europa hinein in Portfolios verkauft wurden, die Risiken verlagert und verbreitert wurden und man gehofft hat, man kann am Ende aus diesen Geschäften nur gewinnen und weil andere darauf gewettet haben, dass die Zinsen steigen oder die Zinsen fallen oder darauf gewettet haben, ob der eine zurückzahlen kann oder nicht und diese Wetten wiederum verkauft wurden. Das sind unsinnige Geschäfte, die zugelassen wurden und die zeigen, dass es eine Abkopplung gab von Realwirtschaft und auch Finanzmarktwirtschaft. Aber fest steht, solange der Ausgangspunkt nicht beendet ist, dass die normalen kleinen Leute in Amerika ihre Immobilienkredite zurückzahlen können, und solange nicht beendet ist, dass die ihre Kredite aus ihren Kreditkartenschulden zurückzahlen können, so lange wird diese Blase weiter am Platzen sein und so lange wird weiter der Finanzmarkt in großen Schwankungen und ungesunden Aus-, Umund Einschlägen mit sich zu kämpfen haben. Deswegen müssen wir wissen, alles, was wir tun aus Europa, was wir tun aus Deutschland, was wir tun aus Thüringen heraus, setzt immer nur am Ende an, dass wenigstens unser eigener Finanzmarkt so geschützt ist, dass er auf sicheren Beinen weiter stehen kann und das Vertrauen da ist. Da haben die Bürger großartig mitgeholfen in den letzten Wochen, weil sie in dieses Vertrauen auch gesetzt haben. Aber ganz am Anfang der Kette, dort hat noch niemand angesetzt und dort ist das eigentliche Problem der ganzen Finanzmarktkrise zu sehen. Deshalb will ich in einem großen Bogen ganz kurz darauf verweisen, dass wir uns hier zwar sehr viel austauschen können, aber am Ende an diesem Ausgangsproblem die Verantwortlichkeit in Übersee zu suchen ist und dort auch Handlung gezeigt werden muss.

(Beifall CDU)

Deshalb bin ich schon der Meinung, dass es uns überhaupt nichts nützt hier in diesem Thüringer Landtag, wenn wir zum wiederholten Male - ich glaube, ich habe es jetzt zum vierten Mal in diesem Landtag gehört - eine Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden hören, die immer wieder dieselben Inhalte hat, die sich immer wieder um sein 100-Mio.-€-Investitionspaket dreht, die sich immer wieder um die Frage eines Nachtragshaushalts dreht, je nachdem, was gerade tagesaktuell auf der Agenda steht. Ich weiß nicht, wie es bei der SPD läuft. Die schlagen wahrscheinlich früh die Zeitung auf und sehen, ein spannendes Thema, das passt in unser 100-Millionen-Programm rein. Am nächsten Tag schlagen sie sie wieder zu, die andere Woche wieder die Zeitung auf. Da passt auch unser 100-Millionen-Programm rein und wenn das nicht passt, dann ist es mindestens der Nachtragshaushalt, der reinpasst. Je nachdem, was gerade ist, wird ganz aufgeregt der SPD-Fraktionsvorsitzende an das Pult gehen und seine selbe Rede halten. Man kann das nachlesen, man kann ein bisschen im Intranet beim Landtag nachschauen, da stellt man fest, dass diese Rede jetzt schon viermal 9548 Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 95. Sitzung, 27.10.2008 gehalten wurde. Dies ist kein Argument, um gute, vertrauensichernde Politik aus diesem Landtag heraus zu gestalten.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:

Das ist billig, was Sie da sagen!)

Es ist so.

(Beifall CDU)

Dann kommt dazu, dass natürlich eins wichtig ist, wenn wir schon hier miteinander reden und wenn wir uns hier schon darüber austauschen, welche Wirkung die Finanzmarktkrise auf Thüringen hat, dann geht es natürlich darum, zuerst das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Banken- und Finanzsystem in Deutschland zurückzugewinnen. Es geht vor allen Dingen darum, finanzielle Handlungsfähigkeit von klein- und mittelständischen Unternehmen zu sichern. Das ist die Aufgabe, die wir aus Thüringen heraus leisten können. Ich will das gleich zu Beginn schon einmal sagen: Genau das ist der Anspruch unseres Alternativantrags der Union, weil sich nämlich genau diese Vertrauensrückgewinnung zum

Beispiel im Punkt 5 unseres Antrags wiederfindet, weil wir sagen und unsere Landesregierung bitten, dort, wo wir selbst tätig werden können, nämlich "an der bisherigen risikobewussten und mittelstandsfreundlichen Bürgschaftspolitik zur Unterstützung der Thüringer Wirtschaft bei der Kreditversorgung festzuhalten", jetzt und auch für die Zukunft.

(Beifall CDU)

Wenn unsere eigene IHK hier in Thüringen - der Hauptgeschäftsführer Grusser aber auch andere haben das bewertet - sagt, dass unsere Thüringer Wirtschaft robust ist, dass die Arbeitsplätze robust sind, dass die Auftragslage robust ist, dann liegt das zuallererst immer wieder daran, dass wir in Thüringen eine klein- und mittelständisch und handwerksgeprägte Wirtschaftsbasis haben. Zu 95 Prozent wird unser BIP genau von diesen Betrieben erwirtschaftet. Das hilft uns, wir haben das immer gesagt, wenn auch hier debattiert wurde, um Großansiedlungen nach Thüringen zu bringen. Wir haben immer gesagt, in Krisenzeiten ist diese robuste Aufstellung unserer Wirtschaft besser, als wenn man sich auf große globale Märkte und Investitionen verlässt.

(Beifall CDU)

Deshalb wollen wir mit unserer Bürgschaftszusage genau diese Garantie geben. Das ist unsere Aufgabe, die wir leisten können. Da sind wir uns völlig einig mit unserer Landesregierung, da finden Sie überhaupt gar keine Möglichkeit, etwas unterschiedlich zu interpretieren. Sie müssen es natürlich, das ist Grundvoraussetzung, auch richtig lesen wollen. Dabei bleibt es, das ist wie in jeder Lebenslage üblich, ein Stück Grundvertrauen gehört schon dazu und wir untermauern das mit diesem Punkt 5 unseres Antrags.

Aber eins will ich auch deutlich sagen, und das bleibt wahr und darüber haben sich viele Thüringer Bürger in den letzten Wochen Gedanken gemacht, als sie jeden Tag Nachrichten geschaut, Zeitung gelesen und sich ihre eigene Meinung zur Finanzmarktkrise gebildet haben. Vielen Menschen in Thüringen schwillt angesichts des unverantwortlichen Treibens in einem Teil des Bankensektors die Zornesader an. Die Wut darüber, dass genau dieses Bankensystem nun mit Steuergeld zu retten ist, ist groß bei vielen Menschen. Deshalb ist es richtig, dass wir als Thüringer verantwortliche Politiker das auch aufnehmen, was die Menschen

wirklich bewegt. Deswegen sind es auch zwei Seiten einer Medaille, die wir beachten müssen, nämlich zum einen das Vertrauen zu schaffen, aber auch zu wissen, dass wir dieses Vertrauen auf der einen Seite nicht dadurch erkaufen können, indem wir das Steuergeld der kleinen Bürger dafür nehmen, um den ganz Großen jetzt nun ihre Sicherheit zu geben. In den Phasen, wo sie viel Geld verdient haben, haben sie auch nicht daran gedacht, an die kleinen Bürger etwas zurückzugeben. Diese zwei Dinge zusammengefasst müssten wir ein Stück beachten. Sie sind deshalb aus einem ganz bestimmten Grund wichtig, weil, wenn sich der Bundesfinanzminister jetzt hinstellt und sagt, immer und überall dort, wo der Finanzmarktfonds jetzt greifen soll und er dafür richtigerweise wirbt, dass Vorstandsgehälter begrenzt werden und nicht ausufernde Bonifikationen gezahlt werden, bleibt ein Punkt trotzdem erhalten und darüber machen sich die Thüringer Gedanken, dafür macht es Sinn, dass Thüringer Politik sich darüber Gedanken macht. Wenn die lesen, dass der Bundesfinanzminister Steinbrück sagt, wenn die Vorstandsgehälter auf 500.000 € pro Jahr begrenzt werden, dann ist das ein wichtiger Schritt, dann sagt aber die Tante Emma aus Niedertrebra, die vielleicht 500 € jeden Monat netto verdient, wenn der Vorstandschef immer noch 500.000 € per anno verdienen kann und das deshalb kriegt, weil wir mit Steuergeld genau diese Bank schützen, dann sehen die Leute darin einen Widerspruch. Deswegen ist es wichtig, dass man natürlich auf der einen Seite zwar das Vertrauen bewirbt, aber auch die andere Wahrnehmung nicht außer Acht lässt. Genau deshalb haben wir als CDU in Thüringen in der Woche, als über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz gesprochen wurde, gesagt, Vertrauen ist die Grundwährung, aber wenn ein Gesetz verabschiedet wird, was dieses Vertrauen aus Sicht des deutschen Bankensektors/Finanzmarkts geben soll, ist das die eine Seite, die ist wichtig, aber wie die Verteilung im föderalen Gebilde deshalb darunter Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 95. Sitzung, 27.10.2008 9549 läuft, ist eine zweite Frage, wo wir mitreden und keine Blankoschecks ausstellen wollen. Eins steht nämlich fest: Wenn die Finanzmarktkrise zu Ende ist und der Pulverdampf der Aufregung verzogen ist, wenn die Wirtschaft wieder normal läuft, wenn Christoph

Matschie nicht mehr von Rezessionsängsten hier im Thüringer Landtag spricht, dann sind wir wieder ganz normal in unserer eigenen Wirtschafts- und Haushaltssituation.

(Unruhe SPD)

Dann schauen die anderen auf uns und dann schauen auch Sie von der Opposition auf uns und sagen uns: Ihr macht zu viele Schulden, Ihr zahlt zu viele Zinsen, Ihr investiert zu wenig. Deshalb gehört gute, zukunftsweisende Politik auch dazu, dass man zwar tagesaktuell reagiert und Vertrauen gibt, aber auch weiß, dass Politik auch noch in fünf Jahren handlungsfähig sein muss.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen das auch begründen. Als wir den Doppelhaushalt 2008/2009 aufgestellt und damit auch eine Sicherheit gegeben haben, unter anderem auch - ich will das sagen - mit einer 16,2-prozentigen Investitionsquote, deswegen ist es völlig falsch, hier mit Strohfeuern schnelle Konjunkturprogramme zu fordern. Wir haben eine Investitionsquote jetzt in dieser Größenordnung und nächstes Jahr festgeschrieben. Die Investitionen finden laufend statt, da gibt es keinen Abbruch durch die Finanzmarktkrise, sondern es ist genau unser Anspruch, den wir als CDU-Landesregierung und auch als Fraktion haben, dass wir mit dieser hohen Investitionsquote, die sich deutschlandweit sehen lassen kann, genau dieses Vertrauen in die Wirtschaft hineingeben. Aber wir haben auch unseren Haushalt aufgestellt auf der Basis eines Wirtschaftswachstums von 1,2 Prozent. Jetzt wissen wir, dass vermutlich nur 0,2 Prozent Wachstum prognostiziert werden. Das heißt für Thüringen Steuermindereinnahmen von 100 Mio. €. Das muss nicht so kommen, es kann so kommen. Aber wir wissen auch, das kommt sicher, (Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist ein Horrorszenario, Herr Mohring.) die Degression des Solidarpakts. Ab dem Jahr 2010 jedes Jahr 100 Mio. € weniger, die müssen wir verkraften, weil wir keine neuen Schulden machen wollen und weil wir unsere Ausgaben darauf ausrichten wollen. Gute vorsorgende Politik weiß, dass sie in den nächsten 12 Jahren noch wichtige Wegstrecken zu gehen hat und sich darauf vorbereiten muss, wenn man auch noch im Jahr 2009 handlungsfähig sein will. Dann wissen wir, dass ab 2013 die EUFördermittel

sinken und allein durch die Bevölkerungsentwicklung jährlich 40 Mio. € aus dem Finanzausgleich uns künftig verloren gehen. Jetzt kann das jeder ein Stück zusammenrechnen, 40 Mio. € da - Länderfinanzausgleich Bevölkerungsentwicklung; die EU-Fördermittel-Ziel-I-Förderung die weggeht; Solidarität II, der zurückgeht; und die Steuermindereinnahmen - wenn sie denn so kommen wie sie jetzt prognostiziert sind. Dann kommt die Thüringer SPD, die diesen alten Baustein wieder hervorholt, man muss sich um den KFA kümmern, und dann sagt der Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD hier im Landtag vor zehn Minuten ungefähr, jetzt muss die Landesregierung handeln und sie muss sicherstellen, dass sie für den KFA für das Jahr 2010 genauso viel Geld zur Verfügung stellt wie im Jahr 2009. Dann sagt er so ganz nebenbei - 200 Mio. €. Jetzt frage ich die SPD: Wenn ich das ernsthaft zusammenrechne, das, was uns verloren geht aus ganz feststehenden Effekten, und dann kommen Sie mit Ihrem Paket und sagen, packt da noch 200 Mio. € auf die Kommunen, und dann kommen Sie auch regelmäßig mit dem Vorhalt, die Schulden und die Zinsen sind jetzt schon zu hoch und es kann nicht mehr genug in die Zukunft investiert werden, wie das beides zusammenpassen soll. Das ist unglaublich. Das klingt zwar gut beim SPD-Parteitag, aber das klingt schlecht im Thüringer Landtag.

(Beifall CDU)

Deshalb war es falsch, Herr Matschie, dass Sie an dem Montag, als das Kabinett erstmals über den Entwurf des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes beim Bund gesprochen hat, dass Sie schon aus Ihrer SPD-Präsidiumssitzung heraus einen Blankoscheck verteilt haben. Das kann man in allen Thüringer Zeitungen nachlesen. Da muss man die Archive bemühen. Dort stand drin - Christoph Matschie O-Ton: "Ich habe im Präsidium den Gesetzentwurf gelesen und ich habe aus Thüringen Zustimmung signalisiert." Aber was stand denn am Montag im Gesetzentwurf drin? Wir als CDU-Fraktion sind unserer Landesregierung - Dieter Althaus als Ministerpräsident und Birgit Diezel als Finanzministerin - sehr dankbar, dass sie in diesen vier Tagen, als über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz gesprochen wurde, gesagt haben,

lasst uns aus Thüringer Sicht über einzelne Details reden, lasst uns darüber sprechen, damit auch die Zukunftsabsicherung sicher ist und am Ende etwas Vernünftiges herauskommt, was wir uns auch leisten können. Am Montag, als das SPD-Präsidium noch beraten hat und der Landesvorsitzende dort schon Zustimmung signalisiert hat, da stand noch Folgendes in dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz drin, nämlich: Der Bund hat vorgeschlagen, ohne die Länder vorher zu konsultieren, 35 Prozent von 400 Mrd. € Bürgschaftsrahmen sollen die Länder an Haftungsrisiko übernehmen. In den Tagen danach ist auch noch klar geworden, dass nicht nur für den Bürgschaftsrahmen, der zunächst kein Geld kostet, die 35 Prozent Länderfinanzierungsanteil vorgesehen waren, sondern auch für den zweiten Teil der 100 Mrd. € in Summe, 80 Mrd. € gleich und auch die 20 Mrd. € Reserve, wo tatsächlich festes Cash sofort fällig geworden wäre. Das hätte den Freistaat Thüringen, wenn man am Montag zugestimmt hätte, 4,2 Mrd. € Risiko gekostet. Da kann ich nur sagen, so ein Hurra-Patriotismus, wie Sie ihn an den Tag gelegt haben, Herr Matschie, den haben wir nicht mitgemacht und es war gut für Thüringens Zukunft, dass es so nicht gekommen ist.

(Unruhe SPD)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Man kann sich die Welt auch schönreden, Herr Mohring.)

(Beifall CDU)

Dann kam noch der haushaltspolitische Sprecher aus der SPD-Bundestagsfraktion, ein Thüringer, der hat dann gleich noch Interviews gegeben und gesagt, alles gar kein Thema diese 4,2 Mrd. € für Thüringen, weil die Länder die notwendigen Mittel für das Rettungspaket nur in ihrem Haushalt umschichten müssten.

Jetzt frage ich mich: Wo lebt dieser Mensch? Wo hat er die ganze Zeit eigentlich sein Wissen her und macht seine Politik? Jeder hier im Haus weiß, wie schwer es ist, auch nur ein paar 100.000 € umzuschichten, aber von einem Bundestagsabgeordneten, der in Thüringen einen Wahlkreis hat, im Radio hören zu müssen, dass er sagt, wir müssten nur 4 Mrd. € umschichten, dann wäre das kein Problem, dann sage ich nur, Gott gnade uns, dass der hier

in Thüringen mal Verantwortung übernimmt. Gott gnade uns davor.

(Beifall CDU)

Am Ende dieser vier Tage ist etwas ganz Entscheidendes passiert, nämlich jetzt steht fest, dass die Länder nicht mit 177 Mrd. € in der Summe von 500 Mrd. € 35 Prozent haften, sondern dass es dem Ministerpräsidenten gelungen ist, bei einer Obergrenze einen Deckel einzuziehen bei 7,7 Mrd. €.

Dann kann man ganz leicht nach Adam Ries zusammenrechnen, wo der Finanzvorteil für Thüringen

und für die deutschen Länder in den vier Tagen liegt, dank der Verhandlung aus den Ländern, dank der Verhandlung von Birgit Diezel und dank der Verhandlung von Dieter Althaus - 170 Mrd. € in cash

durch andere Risikobegrenzung, weniger, 177 Mrd. € am Montag und 7,7-Mrd.-Deckel am Donnerstag.

Das ist das Ergebnis guter Verhandlungen in der ganzen Woche.

(Beifall CDU)

Es war wichtig und deshalb wissen wir jetzt natürlich - und der Ministerpräsident hat es vorhin gesagt -, im schlimmsten Fall ist nun die Risikobelastung für den Thüringer Haushalt in der Zukunft nicht bei 184 Mio. €. Ich habe das vorhin aufgezählt, wie sich unsere Finanzentwicklung darstellen wird. Es wird schwierig werden, wenn wir in Anspruch genommen würden - ein Teil aus der Bürgerschaft, ein Teil, wenn wirklich Geld fällig würde. Aber wir nehmen das auf uns, weil es unser Solidarbeitrag ist. Aber das ist ein Punkt, den wir uns leisten können. Alles andere, was noch am Montag diskutiert wurde und was mit Hurra-Patriotismus laut hinausgerufen wurde, hätten wir uns nicht leisten können. Alle, die heute von uns aus Solidarität einfordern, sind morgen die zu Recht, die in der Föderalismuskommission Teil II, die nun auch wieder ihre Arbeit aufnehmen und sagen wird, wie wir uns künftig aufstellen wollen und sollen, wenn wir in der Zukunft auch noch Hilfe von Dritten bekommen wollen. Wir haben noch einen schwierigeren Weg in den nächsten 12 Jahren vor uns. Da können wir nicht einen Tag ausblenden, weil es wichtig ist, wie wir uns in den nächsten Jahren gerade als junge Länder aufstellen und am übernächsten Tag bekommen wir den Spiegel wieder vorgehalten, wir würden unsere Gelder zweckentfremdet

ausgeben. Wir haben das doch alles erlebt bei den Fortschrittsberichten Aufbau Ost, wo uns jahrelang durch statistische Effekte erzählt wurde, dass wir angeblich unser Geld fehlverwenden würden und tatsächlich, wenn man in dieses Land hinausschaut, dann sieht man, was alles passiert ist und was gut angelegt ist. Aber es gehört zu guter Politik dazu, Vertrauen zu schaffen, vernünftig zu handeln, aber auch Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Sie wissen, dass man auch in der Zukunft noch Handlungsoptionen braucht, damit man eine gute Zukunft für diesen Freistaat in Thüringen gestalten kann.

(Beifall CDU)

Wir sind deshalb dankbar, dass vor allen Dingen - ich habe das vorhin gesagt - Gerald Grusser, IHKHauptgeschäftsführer hier in Thüringen mit Besonnenheit die Lageeinschätzung für die Thüringer Wirtschaft gegeben hat. Er hat gesagt - ich will daraus zitieren - in der letzten Woche: "Man muss sauber unterscheiden zwischen der Bankenkrise und dem normalen Konjunkturverlauf. In welchem Ausmaß die Turbulenzen auf den Finanzmarkt strukturell durchschlagen, lässt sich momentan kaum seriös beantworten." - so sagt es der IHK-Hauptgeschäftsführer in Thüringen. Aber natürlich wissen wir auch, wir können das ja jeden Tag hören und wahrscheinlich sind einige in den Familien selbst betroffen, an der Thüringer Wirtschaft wird diese Finanzmarktkrise nicht spurlos vorbeigehen. Wir dürfen davor nicht die AuThüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 95. Sitzung, 27.10.2008 9551 gen verschließen, weil wir wissen, dass durch Produktionsstopp - der Ministerpräsident hat es gesagt - auch Zulieferbetriebe betroffen sind. Das kann Auswirkungen haben und da müssen wir auch mit Sicherheiten reagieren. Aber insgesamt ist unsere Wirtschaft in Thüringen gut aufgestellt und die lange Reihe guter Entwicklungsdaten und der Industrieumsätze im Deutschlandvergleich zeigt, dass Thüringen weit vorn steht. Alle Zahlen von Januar bis August 2008 unterlegen das. Nicht zuletzt sind in Thüringen mehr Industriearbeitsplätze neu entstanden als im Durchschnitt der alten wie der neuen Länder. Das meinen wir mit dem robusten Fundament durch Haushaltskonsolidierung, mit dem robusten Fundament der Arbeitsmarktpolitik, aber vor allen Dingen auch mit dem robusten Fundament, was seitens des Wirtschaftsministeriums

zur Förderung der Thüringer Wirtschaft und des Thüringer Handwerks gelegt wurde. Auch die CDU-geführte Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren konsequent den Weg des Sanierens, des Reformierens und des Investierens beschritten. 1,6 Mio. Arbeitsplätze sind neu entstanden; die Wirtschaft ist kontinuierlich gewachsen; die Neuverschuldung ist auf dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Deshalb haben wir insgesamt eine gute Ausgangslage und nun stelle sich einer vor, wir hätten diese letzten drei guten Jahre nicht gehabt. Wir können jetzt ein Stück davon zehren, dass diese robuste Entwicklung uns auch hilft, durch diese Krise hindurchzugehen. Aber wichtig ist auch ein Signal, was wir auch setzen müssen als Politik, dass dieses Vertrauen Grundvoraussetzung ist. Wenn wir aber selbst ankommen und malen die Rezession an die Wand und sagen, sie steht quasi schon vor der Tür, wenn wir nicht alle unter den Riesenschirm jetzt von Konjunkturprogrammen gehen, dann bricht alles zusammen, dann kann man auch durch politisches Handeln so eine Situation herbeireden. Deshalb keine Schönmalerei, natürlich nicht, aber auch realistische Kenntnisnahme, wie gut dieser Freistaat insgesamt aufgestellt ist und wie robust dieser Freistaat auch in der Zukunft aufgestellt sein wird.

(Beifall CDU)

Eines bleibt natürlich, die Thüringer Bürger, auch insgesamt die Ostdeutschen vor allen Dingen, sehen das skeptisch, was derzeit an den Finanzmärkten passiert. Deshalb hat eine Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung im Angesicht der Finanzkrise ergeben, dass 52 Prozent der Bürger in den jungen Ländern sagen, sie können mit Marktwirtschaft nichts anfangen, sie halten sie für untauglich und sie halten sie für abgewirtschaftet.

(Beifall DIE LINKE)

Nun können Sie natürlich klatschen, das ist ja genau der Grund, weil Sie natürlich damit Ihre Systemfragen erneut stellen können, aber jetzt ist genau Ihr Beifall der Unterschied zur Schlussfolgerung aus dieser Umfrage, weil jetzt Politik nicht hinterher reden kann und sagen kann, jawohl, soziale Marktwirtschaft ist schlecht, jawohl, soziale Marktwirtschaft ist untauglich, sondern es ist auch Aufgabe der Politik in den nächsten Wochen und in den nächsten

Monaten zu erklären, was hier eigentlich passiert ist aus der Spekulationsblase heraus, aber auch, was es bedeutet, welche Parameter soziale Marktwirtschaft leisten kann, aber auch leisten muss, damit das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft zurückkommt und damit die Bürger auch Vertrauen für ihre eigene Entwicklung haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Politik offen reden und sagen, dass in der Vergangenheit zu dieser Spekulationsblase mit Sicherheit auch die Gier manchen offenbar blind vor Risiken gemacht hat. "Gier frisst Hirn" hat ein großer deutscher Regisseur einmal vor etlichen Jahren gesagt und das trifft an dieser Stelle genauso zu. Jeder weiß, dass hohe Risiken auch mit hohen Gewinnen möglicherweise verbunden sein können, aber dass die hohen Risiken nie ausgeblendet werden können. Für die Zukunft ist es wichtig, dafür klare Regeln zu schaffen, das hat unsere Bundeskanzlerin angesagt, die international geklärt werden müssen, die international aufgestellt werden müssen, und dass in diesem Kontext bestimmte Giermomente einfach nicht mehr stattfinden können, bestimmte Geschäfte auch einfach nicht mehr zulässig sind, aber das Grundvertrauen, was sich daran aufbaut, das Grundvertrauen des Aufbaus unserer Demokratie und unserer eigenen Weiterentwicklung, das macht sich mit sozialer Marktwirtschaft fest und ist untrennbar mit ihr verbunden. Es ist unsere Aufgabe als Politik, nicht das System infrage zu stellen und nicht das System schlechtzureden, sondern für soziale Marktwirtschaft einzutreten und zu werben und auch zu sagen, welches Vertrauen sich damit verbindet.

(Beifall CDU)

Dass das, meine Damen und Herren, so wichtig ist, zeigt auch ein anderer Aspekt, den Sie auch von den LINKEN angesprochen haben, nämlich in den Fragen: Müssen jetzt Banken verstaatlicht werden? Ist das der Ausweg aus der Konsequenz der Umfragen? Ist das Ausweg aus der Finanzmarktkrise? Da will ich Ihnen vorhalten und sagen, es ist doch gerade nicht verwunderlich, dass es nicht die Privatbanken sind, die sich jetzt unter den Schutzschirm des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes stellen wollen, sondern es sind gerade die staatlichen oder halbstaatlichen Landesbanken, die sich unter den Schutzschirm stellen wollen und sagen, ihr müsst uns helfen,

wir brauchen dort das Vertrauen. Das zeigt am Ende eines: Der, der jetzt denkt, der Staat sei der bessere Banker, sieht da den falschen Ansatz. Der Staat ist nie der bessere Banker, der Staat kann das nicht so gut; aber wir brauchen Vertrauen in die Grundaufstellung unserer sozialen Marktwirtschaft, damit das System funktioniert.

(Beifall CDU)

Deshalb will ich auch noch mal einen kleinen Moment nutzen, um an den ethischen Kern der sozialen Marktwirtschaft zu erinnern. Freiheit, Menschenwürde und Verantwortung gehören zusammen. Wilhelm Röpke, einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft, hat für die Marktteilnehmer feste, sittliche Normen erklärt. Ich will sie noch mal nennen, weil sie wichtig sind auch für uns heute, was er damals schon formuliert hat: Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn und Achtung vor der Menschenwürde der anderen. Das sagen auch wir aus der Unionsfraktion heraus, an diesem ethischen Kern der sozialen Marktwirtschaft hat es offensichtlich im Finanzmarkt in den letzten Jahren gefehlt. Aber wichtig ist auch,

(Beifall CDU)

und das ist das Entscheidende, diese sittlichen Normen bringt der Markt selbst hervor, dafür muss jeder einzelne Marktteilnehmer, dafür muss jeder einzelne Mensch und dafür muss letztlich auch die Politik selbst einstehen, dass diese sittlichen Normen eingehalten werden. Niemand kann erwarten, dass der Markt diese Sittlichkeit von allein hervorbringt, aber es liegt an dem Menschen selbst, sich diesem Rahmen zu unterwerfen und dafür auch ihre Handlungsmaßstäbe aufzunehmen. Aber fest steht auch, wenn Sie denken, aus der Linkspartei, dass jetzt Ihre große Stunde gekommen ist zur Finanzmarktkrise und Sie sogar die Krise der Demokratie aufrufen, dann will ich noch mal aufzählen, was Ihr Konzept angeblich ist, was Sie hier vorlegen: Teilverstaatlichung der Banken, Konjunkturprogramme mindestens 50 Mrd. €, massive Aufstockung sozialer Leistungen, Zahlung für Kommunen und Unternehmen in Millionenbeträgen, Millionärsabgabe, Reichensteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer. Sie laufen zur Hochform auf, wenn Sie Ihre Systemkrise für

sich beschreiben wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Und da wollen wir doch mal kurz hinter diese populistische, scheinheilige Welt schauen und da wollen wir doch mal in die Rede von Ihrem Spitzenkandidaten am Sonntag in Sömmerda zum Landesparteitag schauen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:

Sie waren doch gar nicht da!)

Da wollen wir mal schauen, was er denn gesagt hat, und jetzt stellen wir uns mal einen Moment vor, er hätte ernsthaft hier Verantwortung. Einen kurzen Moment, einen Schreckensmoment stellen wir uns vor, das sei so.

(Beifall CDU)

Da sagt er, er erklärt seinem Parteitag, was das mit den 500 Mrd. € auf sich hat und erklärt denen, das ist ein Bürgschaftsrahmen, und er fordert jetzt, dass dieser Bürgschaftsrahmen - man muss auf die Worte achten - für die Thüringer Bürger umgesetzt werden kann. Jeder weiß, wie Bürgschaften aufgestellt sind, da fließt zunächst kein Cash; es gibt Sicherheit für Gläubiger, damit er wiederum Vertrauen in sein Handeln geben kann. Dann sagt derselbe Redner, der hier Verantwortung übernehmen will und der derzeit hin und her schwankt zwischen seiner Verantwortung im eigentlichen Bundestagsmandat und hier mit Bustouren durch Thüringen fährt, der sagt, jetzt will er wenigstens

(Unruhe CDU)

1 Mrd. von dem 500-Mrd.-Bürgschaftsrahmen für die Thüringer Wirtschaft und für die Thüringer Häuslebauer zur Verfügung gestellt haben. Jetzt frage ich mich: Hat der eigentlich wenigstens ein kleines bisschen Ahnung von dem, was in dem Gesetz steht, was die Bundesregierung verabschiedet hat?

(Beifall CDU)

Nein, hat er nicht, sonst würde er wissen, wie das gehen soll, einen Bürgschaftsrahmen von 400 Mrd. € als Sicherheitsgarantie in der Hoffnung, wie alle politisch Verantwortlichen in Berlin sagen, hoffentlich wird er nicht in Anspruch genommen, hoffentlich reicht die Vertrauensgarantie aus. Und da kommt derselbe Politiker an und sagt, ich will aber in Cash 1 Mrd. €. Ich bin ganz überrascht, warum nicht 5, warum nicht 10, warum nicht alle 500 Mrd. € für

Thüringen. So viel Bescheidenheit, Herr Ramelow, hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut!

(Beifall CDU)

Aber die Erklärung bleibt offen und sie wird uns die nächsten zehn Monate begleiten, wie Sie die Dinge, die Sie populistisch an dem einen Tag verkünden, am nächsten Tag auch tatsächlich umsetzen wollen. Da will ich noch mal, weil man das ja nicht tun kann, was Sie als Verantwortliche in Thüringen getan haben, zurückblicken in die Zeit, in der Sie Verantwortung hatten. Da ist es natürlich wichtig, wenn man von dieser Frage von Steuern reden, Reichensteuer, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, und schauen, wo ist die Grenze dessen, wo Sie mal anlangen können. Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 95. Sitzung, 27.10.2008 9553 ten, wenn Sie in diesem Schreckensmoment Verantwortung hätten. Da lohnt sich ein Blick in die Einkommensteuer der DDR. Wer da mal reinschaut, was damals am Steuersystem in der Einkommensteuer da war, der weiß, der Höchstsatz lag dort bei 96,75 Prozent. Praktisch war diese Einkommensteuer eine Enteignungsteuer. Da wir keinen anderen Maßstab haben zu wissen, was haben Sie für Politik gemacht und was haben Sie vor, dann müssen wir das, was Sie an Summen an Steuern den Bürgern aufdrücken wollen, genau dahinter kommen. Sie stellen nicht nur das System infrage, Sie wollen die Leute enteignen und wollen ihnen alles nehmen, Sie wollen Freiheit einschränken.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Wer so viele Millionen verdient, der kann auch ein paar Millionen Steuern zahlen.)

Danke für diesen Zwischenruf. Da will ich mal noch einen zweiten Punkt anführen. Wenn Sie sich nicht mehr erinnern können, weil Sie es so oft ausblenden, will ich Ihnen auch noch mal eine zweite Zahl nennen aus Ihrer DDR-Diktatur, wie hoch die Rente in DDR-Mark für die Bürger war - 375 Alu-Groschen gab es damals. Da kann sich jeder ausrechnen, was ein Bürger mit 375 DDR-Mark machen sollte - nichts. Der war arm den Rest seines Lebens, obwohl er für den Sozialismus die ganze Zeit gearbeitet hat, das ist Ihre Politik.

(Beifall CDU)

360.000 Unternehmer haben in Zeiten der DDR diese verlassen. Wolfgang Böhmer, der Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, hat zu Recht in der Süddeutschen Zeitung gesagt: "Solche Umverteilungsstrategien setzen voraus, dass man die Menschen einmauert."

Und genau das ist auch der Politikansatz in der Finanzmarktkrise - einmauern, zuschotten, eigene Welt aufbauen. Wenn Sie das tun wollen, gehen Sie nach Kuba, ich bezahle Ihnen das Schiffsticket. Machen Sie das dort, aber machen Sie das nicht bei uns und machen Sie uns nicht zur Experimentierwüste.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE

LINKE: Es wäre wirklich das Beste, wenn Sie ein Reisebüro aufmachten.)

Ich zahle Euch das - nur die Hinfahrt - natürlich, Oneway-Ticket. Ich bitte Euch, ja nicht wieder zurück.

Dann will ich noch etwas sagen, einen kleinen Moment zur Erbschaftsteuer, weil ich das nicht ausbreiten will. Aber ich will einen wichtigen Punkt sagen, weil er eine Rolle spielt. Weil Sie natürlich einen wichtigen Punkt verkennen, ich will ihn wenigstens erklären. Da will ich den Moment hier vorn auch nutzen, das noch mal aus unserer Sicht sachlich darzustellen. Natürlich trägt das Erbschaftsteueraufkommen in Deutschland 4 Mrd. €. Aber 25 Prozent dieser 4 Mrd. sind Erhebungskosten. Es gibt keine Steuer in der Welt - da kann man sich auch andere Steuersysteme zu Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer in der Welt anschauen -, das ist die Steuer mit den höchsten Erhebungskosten, in Deutschland 1 Mrd. € Erhebungskosten, um 4 Mrd. € Steueraufkommen aus der Erbschaftsteuer zu generieren. Das ist der eine Punkt, der steht nur so im Raum.

Der zweite Punkt ist, dass das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, bis zum Ende des Jahres muss es eine Neuregelung geben, weil die unterschiedliche Bewertungsregelung von Einkommen und Vermögen verfassungsrechtlich nicht sauber aufgestellt ist. Deshalb hat die Politik zunächst natürlich einen Handlungsauftrag, eine verfassungsmäßige Norm aufzustellen. Und da, wo wir hingehen in Berlin, da kann man zufrieden sein oder auch nicht, da kann man unterschiedliche Ansätze haben, gute Politik lebt auch davon, dass man auch unterschiedlich argumentiert.

Natürlich haben diejenigen auch recht, die sagen, zuallererst lasst uns so eine Erbschaftsteuer aufstellen, die die Kleinen nicht belastet und die die Familienunternehmer auch nicht belastet, damit sie weiter hier ihren Sitz haben können und damit auch Einnahmen generiert werden. Aber wenn das nicht gelingt, dann gilt die Regel, die das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat, dann läuft diese Steuer aus. Jetzt gibt es unterschiedliche Bewertungsansätze dazu, dass man schauen muss. Weil wir in einer globalen Welt leben, können wir nicht als Deutsche die Augen verschließen, was andere in Europa tun. Da wir auch Grenzlandräume haben, müssen wir auch schauen, was passiert in den Nachbarländern, was ist in Österreich, was ist in Tschechien und was ist mit den Bundesländern, die jetzt Erbschaftsteueraufkommen generieren, die aber Konkurrenzsituationen im europäischen Ausland vorfinden, weil dort Erbschaftsteuer abgeschafft ist und ihre Familienunternehmer drohen, ihren Firmensitz ins Ausland zu verlagern, weil sie dort den Erbschaftsteuerfall steuerlich anders darstellen können als im Inland. Deshalb ist Ihre Rechnung aus der SPD nicht richtig, wenn Sie sagen, wenn Erbschaftsteuer fortgesetzt wird, dann ist es nicht nur der Verlust aus dem 10 Mio. € Erbschaftsteueraufkommen im Thüringer Haushalt, sondern es seien auch 100 Mio. € aus dem Länderfinanzausgleich. Das blendet aber aus - und das ist auch diese Mauer in den Gedanken -, dass 9554 Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 95. Sitzung, 27.10.2008 man Thüringen abschotten konnte. Das blendet aus, dass andere Länder, von denen wir aus dem Länderfinanzausgleich Geld bekommen - wie Bayern und Baden Württemberg - an ihren Grenzsituationen diesen Druck spüren, dass Familienunternehmer sagen, wir ziehen mit unserer Firma 30 km weiter und machen dort unseren Firmensitz und gestalten von dort Unternehmenspolitik. Dann ist es nicht nur der Verlust des Firmensitzes, dann ist es auch der Verlust von Arbeitsplätzen. Das eingerechnet in den Länderfinanzausgleich kann auch eine andere Situation mit sich bringen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:
Immer die alte Leier.)

Deshalb haben wir vorgeschlagen, wenn man über das Auslaufen nachdenkt, dann macht es Sinn, auch

über adäquate andere Formen, die auch den Gerechtigkeitsaspekt berücksichtigen, nachzudenken.

Dann ist es bei der Frage nach dem Spitzensteuersatz sinnvoll, so zu besteuern, dass man auf der einen Seite Aufkommen generiert, andererseits aber den hohen Erhebungsaufwand, den man jetzt in der Erbschaftsteuer vorfindet - 1 Mrd. €, ich will das noch mal sagen -, für die Zukunft einsparen kann. Wie schwierig das ist, zeigt der Blick nach Österreich. Nicht nur, dass die genau auch gerade über eine adäquate andere Einnahmequelle aus Staatssicht schauen, noch viel spannender ist eine andere Frage, die erleben wir doch auch immer in Haushaltsfragen, wenn wir Behörden abbauen, wenn wir Personal abbauen und sagen, jetzt tritt endlich eine Entlastung ein. Wir stellen am Ende fest, dass es durch altersbedingte Abgänge und schwierige Umstrukturierungen an Standorten oft der Fall ist, dass die Einspareffekte schwieriger zu erzielen sind. Ich habe die Österreicher Kollegen von uns gefragt, wie denn jetzt die Einspareffekte beim Erhebungsaufwand sind. Natürlich ist es so, wie es ist, wenn man als Politik nicht konsequent handelt, dann sind dieselben Beamten, die früher Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer erhoben haben, immer noch da und machen jetzt etwas anderes. Dann tritt natürlich der Entlastungseffekt nicht ein. Deswegen gehört auch dazu, auf Konsequenz zu drängen. Aber zu denken, dass - und das ist das Entscheidende mit Blick noch mal auf die Einkommensteuer DDR-bezogen und auf die hohe 96,75-prozentige Belastung - durch die eine Steuer und durch die andere Steuer noch mal obendrauf dann am Ende die Konjunktur anspringt und Arbeitsplätze entstehen, dass am Ende Familienunternehmer bereitstehen mit ihrem eigenen verantwortlichen Risiko, in die Verantwortung zu gehen und Arbeitsplätze vorzuhalten, dann täuschen Sie sich. Dann täuschen Sie sich, weil das nicht der richtige Weg ist.

(Beifall CDU)

Vor allen Dingen deshalb, weil Sie denselben Familienunternehmern, denen Sie heute mit kurzfristigen Konjunkturprogrammen versprechen, ihre Arbeitsplätze und ihre Firma zu erhalten, morgen durch Ihre besonderen Steuerarten - Vermögensteuer, Reichensteuer, was Sie da alles haben, Erbschaftsteuer, das

ganze Paket - auf der anderen Seite alles wieder wegnehmen. Wer da noch Lust haben soll, sich hier in Freiheit und Verantwortung zu engagieren und ins Risiko zu gehen, das bleibt offen. Es bleibt Ihre eigene Theorie, wie das funktionieren soll.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, für uns ist das ganz entscheidend und so ist auch unser Antrag aufgebaut, wir wollen zum einen unsere Landesregierung bitten, für das, was man tun kann, auf Bundesebene einzutreten, nämlich einerseits auf langfristige Stabilisierungsziele zu orientieren bei der Finanzpolitik, für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, aber auch für Generationengerechtigkeit und diese zum Leitbild von Finanzpolitik in Deutschland werden zu lassen und zu halten und gleichzeitig auch darauf hinzuwirken, sowohl in der Föderalismuskommission II, aber auch in allen anderen Besprechungen, die jetzt stattfinden, dass das grundsätzliche Ziel einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiterhin Priorität hat und nicht zurückgeschreckt wird, weil wir zwar heute neue Schulden machen könnten, aber morgen auch in der Lage sein müssten, diese zu finanzieren. Wir können das nicht, deshalb muss man da Vorsorge treffen, darum bitten wir unsere Regierung. Genauso bitten wir um eins und das ist entscheidend: Trotz Finanzkrise und trotz Vertrauen schaffender Maßnahmen durch die Politik darf nicht passieren, dass die Prioritäten durch die Finanzkrise in der öffentlichen Haushaltspolitik zulasten der Leistung für Bildung, zulasten der Leistung für Forschung, zulasten der Leistung der Entwicklung des Landes und auch zulasten der Leistung für Familien erfolgen. Diese Maßnahmen haben nach wie vor oberste Priorität, weil sie neben dem anderen Punkt, den ich vorhin genannt habe, entscheidend sind mit der Bürgschaftszusage, die wir unserem Handwerk und der mittelständischen Wirtschaft hier in Thüringen geben. Das ist das Grundvertrauen, das ist die Grundwährung, auf die wir aufbauen. Mit dieser Sicherheit und auch mit dieser Zuversicht müssen wir jetzt durch dieses Tal gehen, weil am Ende des Tals auch wieder Sonne scheint. Dieses Vertrauen wollen wir den Thüringer Bürgern von dieser Landtagssitzung aus mitgeben. Vielen Dank.

(Beifall CDU)